



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 6. Juni 2018

Protokoll

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 31.05.2018
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	18:23 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Großer, Elke

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Resch-Hoppstock, Sabine

anwesend ab 16.20 Uhr

Ordentliche Mitglieder

Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Eichenlaub, Günter
Glier, Andreas
Kanter, Heike
Münch, Janna
Stoppok, Arnfred
Wagner-Judith, Christiane
Wolfrum, Manfred, Dr.

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Harmel, Ralf	Vorsitzender örtliche Pflegekonferenz	anwesend ab 16.10 Uhr
Laumert, Andreas	Vertreter Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände	

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin Bender, Sylvia	Dezernentin III Leiterin Amt für Arbeit und Soziales	
Dr. Köppert, Axel Fricke, Kathrin	stellv. Leiter Gesundheitsamt Referat 01 Steuerung und Öffentlichkeitsarbeit	
Frisen, Mariya	Sachbearbeiterin Abt. Ordnungs-, Rettungs- und Feuerwehrwesen	abwesend ab 16.55 Uhr
Lehmann, Rüdiger	Leiter Amt für Ordnung und Verbraucherschutz	
Löb, Susanne Pifan, Simone	Gleichstellungsbeauftragte Sachbearbeiterin Abt. Ordnungs-, Rettungs- und Feuerwehrwesen	abwesend ab 17.52 Uhr abwesend ab 16.55 Uhr
Pinkert, Claudia	Koordinatorin Migration und Teilhabe	abwesend ab 18.12 Uhr
Vogel, Thomas	Geschäftsführer jobcenter Wolfenbüttel	
Wilhelm, Andree Zander, Achim	Pressesprecher Abteilungsleiter Ordnungs-, Rettungs- und Feuerwehrwesen	abwesend ab 18.12 Uhr
Welsch, Nils	Anwärter im geh. Dienst	

Als Gäste

Ammon, Dagmar	Vorstandsmitglied Hospizverein Wolfenbüttel e.V.
Heuer, Rosemarie	Vorstandsmitglied Hospizverein Wolfenbüttel e.V.

Protokollführerin

Heintzen, Tanja

Es fehlen:

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Meyer, Hans-Andreas Kreissenorenbeauftragter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
 3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
 4. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 12.04.2018 (§§ 23, 5d GO)
 5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
 6. Bericht zur Flüchtlingssituation im Landkreis Wolfenbüttel
 7. Durchführung von Rückkehraufgaben der Ausländerbehörde -Sachstandsbericht und praktische Umsetzung-
 8. Vorstellung des Hospizvereins Wolfenbüttel e.V.
 9. Einführung eines "Sozialtickets" (Vorlage wird nachgereicht)
Vorlage: XVIII-0296/2018
 10. Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2017
Vorlage: XVIII-0297/2018
 11. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 12. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer eröffnet um 16:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Nach kurzer Erläuterung der Gründe für die nicht rechtzeitig versandte Sitzungsvorlage XVIII-0296/2018 stellt die Ausschussvorsitzende die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 12.04.2018 (§§ 23, 5d GO)

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration vom 12.04.2018 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Es liegen zur Zeit keine Anfragen vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Herr KAbg. Dr. Wolfrum möchte wissen, ob im Landkreis Wolfenbüttel Fälle von unberechtigten Asylzusagen nach dem Bremer Modell vorliegen, wenn ja wie viele, wenn nein, was wird unternommen um dies herauszufinden.

Frau Klooth erläutert hierzu, dass bisher keine Fälle bekannt sind. Die Entscheidungen des BAMF sind für den Landkreis bindend und eigenständige Ermittlungen daher ausgenommen.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum fragt auf Grund der hohen Zahl von 50.000 sexualverstümmelten Frauen bundesweit, Tendenz steigend, nach, was dem Landkreis darüber bekannt ist und was dieser unternimmt, den Betroffenen zu helfen.

Herr Dr. Köppert erläutert, dass man sich der Situation bewusst ist. Die betroffenen Frauen können sich an die entsprechenden Mitarbeiter/innen des Gesundheitsamtes wenden. Sie erhalten dort entsprechende Hilfe und Beratung.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum fragt nach, weshalb hier nicht offensivere Arbeit geleistet wird.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer erklärt nach kurzer weiterer Diskussion, das Thema in der Sitzung nicht zu vertiefen, da im Landkreis Wolfenbüttel konkrete Fälle nicht bekannt sind. Sollten Fälle bekannt werden, wird hier entsprechend gehandelt werden.

TOP 6 Bericht zur Flüchtlingssituation im Landkreis Wolfenbüttel

Herr Harmel erscheint um 16.10 Uhr zur Sitzung.

Herr Lehmann stellt den aktuellen Bericht zur Lage der Flüchtlinge im Landkreis Wolfenbüttel anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Herr KAbg. Försterling schlägt auf Grund der derzeit vorliegenden wenigen Änderungen der Flüchtlingssituation im Landkreis Wolfenbüttel vor, die Unterrichtung auf einen halbjährlichen Turnus (Stichtag 30.06 und 31.12.) zu beschränken. Ausgenommen hiervon sind natürlich wesentliche Änderungen.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 7 Durchführung von Rückkehraufgaben der Ausländerbehörde - Sachstandsbericht und praktische Umsetzung-

Frau Resch-Hoppstock erscheint um 16.20 Uhr zur Sitzung.

Herr Zander stellt die zuständige Mitarbeiterin, Frau Pifan, vor und erläutert kurz deren Aufgaben. Sie ist befristet abgeordnet vom Hauptzollamt bis zum 30.06.2018.

Frau Pifan berichtet über die Durchführung von Rückkehraufgaben der Ausländerbehörde anhand einer Power-Point-Präsentation. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock möchte auf Grund der in Bosnien vorherrschenden Lebensbedingungen wissen, ob es für diesen Personenkreis durch die aufgezählten Programme dort vor Ort Unterstützung geben kann.

Frau Pifan hatte bis jetzt noch keinen Rückkehrfall in das Land. Aber im Kosovo gibt es zum Beispiel die Unterstützungsorganisation URA, die vor Ort bei der Integration hilft.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum möchte wissen, ob es Zahlen zu den Kosten des Reintegrationsprogrammes gibt, da er sich nicht vorstellen kann, dass jemand für wenig Geld zurückkehrt.

Frau Pifan verweist hierzu auf die Angaben in ihrer Präsentation. Zu dem bundesweiten Gesamtvolumen kann keine Aussage getroffen werden.

Frau KAbg. Großer möchte wissen, ob man es zeitlich erfassen kann, wie lange es von der Antragstellung bis zur Ausreise dauert.

Frau Pifan erklärt hierzu, dass die Zeiträume individuell sehr unterschiedlich sind. Der Zeitraum zwischen Antragsbewilligung und Ausreise darf jedoch 3 Monate nicht überschreiten.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer möchte wissen, wie es mit der Rückkehrförderung nach dem Ausscheiden von Frau Pifan weitergeht.

Herr Zander erklärt hierzu, dass die Aufgaben sehr vielschichtig sind und diese nicht nebenbei von den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen der Ausländerbehörde erfüllt werden können. Es ist von der Ausländerbehörde daher beabsichtigt, eine halbe Stelle zu akquirieren

Frau KAbg. Resch-Hoppstock hebt nochmals gesondert hervor, dass die Möglichkeit zur Unterstützung und Beratung zur freiwilligen Rückkehr nach Wegfall der Stelle nicht mehr angeboten werden kann. Durch eine neue Stelle und der Bekanntgabe der freiwilligen Rückkehrmöglichkeiten gäbe es sicherlich auch einen größeren Kreis an Personen, der diese Möglichkeit in Anspruch nehmen würde. Hierdurch könnten gegebenenfalls auch Abschiebungen vermieden werden.

Herr Laumert erklärt, dass die Wohlfahrtsverbände in den letzten 1 ½- Jahren ebenfalls enorme Beratungsleistungen erbracht haben und stellt daher an die Verwaltung die Frage, ob sie sich gegebenenfalls eine Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden vorstellen könnte. Er signalisiert dazu Gesprächsbereitschaft.

Herr KAbg. Dr. Wolfrum möchte wissen zu welchem Zeitpunkt die Asylbewerber über die Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr informiert werden.

Frau Pifan erklärt, dass die Menschen bereits bei der 1. Registrierung die Information erhalten, dass sie die Möglichkeit haben wieder freiwillig auszureisen. Generell könnte man alle Asylbewerber im Landkreis Wolfenbüttel über die Möglichkeit beraten. Bisher wurde sich im ersten ½-Jahr darauf konzentriert, die Personen zu beraten, für die keine Bleibeperspektive besteht.

Herr Zander ergänzt hierzu, dass den Personen ein Beratungsgespräch angeboten wird, deren Asylantrag bereits abgelehnt aber noch nicht bestandskräftig ist.

Herr Lehmann erklärt, dass die Präsentation hier gezeigt hat, welches Potential hinter den Rückkehrverfahren steckt. Anhand der Darstellungen (16 eingeleitete Verfahren und davon 8 abgeschlossene) wird deutlich, dass durch eine zusätzliche Stelle und finanzielle Mittel die Rückkehrförderungen verstärkt wahrgenommen werden könnten. Die Aufgabe lasse sich auf Grund der Komplexität nicht von den Sachbearbeitern nebenbei bewältigen.

TOP 8 Vorstellung des Hospizvereins Wolfenbüttel e.V.

Herr Zander, Frau Frisen und Frau Pifan verlassen die Sitzung um 16.55 Uhr.

Frau Ammon und Frau Heuer vom Hospizverein Wolfenbüttel e.V. stellen den Verein und die dortige Arbeit vor.

Der Hospizverein wurde 2006 gegründet und hat seinen Sitz nunmehr in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße in Wolfenbüttel. Der Verein hat derzeit 216 Mitglieder und 37 ehrenamtliche Helfer. Seit 7 Jahren ist der Verein in der Lage, die Auflagen der Krankenkassen zu erfüllen, so dass z.Zt. hauptamtlich 3 Koordinatorinnen im Umfang von jeweils 25 Wochenstunden und eine Schreibkraft im Umfang von 10 Wochenstunden beschäftigt sind. Das Hauptanliegen des Vereins ist es, die Lebensqualität der Sterbenden und Schwerstkranken zu verbessern. Diese Menschen und deren Angehörige sollen dort begleitet werden, wo sie leben. Das bestehende Netzwerk aus Hausärzten, Palliativärzten, Krankenhaus, Pflegeheime, Pflegedienste etc. wenden sich an den Verein und wünscht sich Unterstützung. Die Koordinatorinnen schicken dann einen/eine ehrenamtliche/n Helfer/in zu dem Sterbenden bzw. Schwerstkranken, um die kranken Menschen zu unterstützen.

Hierzu gehört es auch mit ihnen zu lachen, zu weinen und Wünsche zu erfüllen. Die Unterstützung kommt hierbei der ganzen Familie zu gute, da die Angehörigen zum Teil sehr viel mehr Schmerz tragen als die Erkrankten. In den Haushalten verbringt ein/e Helfer/in durchschnittlich in der Regel 3 bis 5 Stunden in der Woche. Ein ehrenamtlicher Helfer/Helferin hat bis zu 3 Begleitungen im Jahr und erhält Supervision.

Die Anzahl der Begleitungen hat in den letzten Jahren zugenommen. 2008 waren es nur 13 Begleitungen, 2017 bereits 73 abgeschlossene sowie 30 laufende. In 2018 gibt es aktuell 26 abgeschlossene und 30 laufende Begleitungen.

In den letzten 5 Jahren hat auch die Trauerbegleitung zugenommen. Außerdem wird seit 3 Jahren die Begleitung der Unbedachten durchgeführt, damit diese würdevoll beigesetzt werden können.

Der Verein finanziert sich teilweise auf Grund der Förderung durch die Krankenkassen gem. § 39a SGB V. Aufwendungen bspw. für Mieten, Nebenkosten, Fahrtkosten etc. müssen durch Spenden finanziert werden.

Insofern ist der Verein auf Spenden und Zuschüsse angewiesen und freut sich darüber. Damit werden u.a. auch Broschüren und Wegweiser finanziert.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock möchte auf die besondere Qualität hinweisen, die hier im Landkreis Wolfenbüttel durch den Verein gegeben ist, nämlich eine Begleitung bis zum Schluss im häuslichen Bereich. Dies unterscheidet sich zu anderen Kreisen in denen es ein stationäres Hospiz gibt. Sie schätzt die Arbeit des Vereins sehr, insbesondere den systemischen Ansatz.

Herr Harmel lobt ebenfalls die hervorragende Arbeit und die kooperative Zusammenarbeit.

Auf Nachfrage von Frau Løb wird die Ausbildung zum ehrenamtlichen Hospizhelfer erklärt. Die Ausbildung dauert 140 Stunden zuzüglich 40 Stunden Praktikum. Das Praktikum wird dabei in zwei verschiedenen Bereichen, z.B. im Krankenhaus und bei einem ambulanten Pflegedienst verrichtet.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Großer weist auf die freiwilligen Leistungen, die der Landkreis Wolfenbüttel gewährt, hin und legt dem Hospizverein nahe, für die schwere und hervorragende Arbeit einen Antrag auf finanzielle Unterstützung durch den Landkreis zu stellen.

TOP 9 Einführung eines "Sozialtickets" (Vorlage wird nachgereicht) Vorlage: XVIII-0296/2018

Frau Bender führt nochmals kurz in das Thema ein und fasst wesentliche Änderungen und Eckpunkte nochmals zusammen

- Die angedachte zeitliche Beschränkung entfällt.
- Die Projektdauer beträgt 2 Jahre.
- Die Eigenbeteiligung beträgt sowohl für Erwachsene als auch für Kinder für die Monatskarte 25,00 €.
- Die Preise ergeben sich aus dem § 7 des Vertrages über das Modellprojekt für ein Sozialticket.
- Die überarbeitete Wolfenbüttel-Card mit fortlaufender Nummer gilt als Berechtigungsausweis für das Sozialticket.
- Die im Vertrag aufgeführten Anlagen sind noch in Arbeit und werden im nächsten Ausschuss vorgestellt.
- Die Vertriebspauschale wird noch gesondert vereinbart.
- Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) muss noch ihre Zustimmung erteilen.

Frau Klooth erklärt, dass die Höhe der Vertriebspauschale noch nicht im Vertrag festgelegt ist, da derzeit im Regionalverband gemeinsame Eckpunkte für Sozialtickets in der Region erarbeitet werden. Ferner können gemäß § 11 Abs. 2 des Vertrages notwendige und sinnvolle Änderungen während der Laufzeit erfolgen.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock lobt die gute Arbeit der Verwaltung.

Herr KAbg. Glier schließt sich dem an und empfiehlt zusätzlich, sollte das Sozialticket gut anlaufen, das Projekt nicht abrupt nach 2 Jahren enden zu lassen. Aus diesem Grund wäre eine zeitnahe Evaluation wünschenswert und nicht erst nach 2 Jahren.

Herr KAbg. Försterling dankt ebenfalls der Verwaltung für die gute Arbeit und begrüßt die Einführung zum 01.08.2018. Er wünscht sich, dass man innerhalb des Regionalverbandes noch zu einer vernünftigeren Tarifstruktur kommt. Ferner wünscht er sich eine transparentere Mitteilung, wie eigentlich der ÖPNV im Regionalverband finanziert wird.

Herr Lehmann ergänzt auf Wunsch der Landrätin, dass dem Regionalverband die Unterschiede im städtischen und ländlichen Bereich bewusst geworden sind und dadurch der Wegfall der zeitlichen Begrenzung erzielt werden konnte. Zum Schluss bedankt er sich bei allen Akteuren für die gute Zusammenarbeit.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende Beschlussempfehlung:

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt in Ergänzung zu dem Beschluss vom 13.11.2017 die Einführung des Sozialtickets ab 01.08.2018 für die Dauer von 2. Jahren.

Die Landrätin wird beauftragt, den in der Anlage befindlichen Vertrag abzuschließen.

TOP 10 Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2017 Vorlage: XVIII-0297/2018

Herr Vogel stellt den Geschäftsbericht des jobcenters Wolfenbüttel für das Jahr 2017 vor. Das Thema „Personen im Alter unter 25 Jahren mit Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II“ wurde hier detailliert anhand einer Power-Point-Präsentation herausgearbeitet. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Frau Löb verlässt die Sitzung um 17.52 Uhr.

Im Weiteren gibt es noch folgende Nachfragen und Informationen:

- Bei der Zahl der älteren Bewerber für Berufsausbildungsstellen wird nicht differenziert, ob sie bereits eine Ausbildung abgebrochen, ein Auslandsjahr etc. gemacht haben.
- Eine Beratung findet nicht nur im jobcenter statt.
- Eine Beratung setzt schon im Jahr vor dem Schulabgang ein.
- Das jobcenter Wolfenbüttel hat letztes Jahr alle Ziele erreicht.
- Finanziell ist es gut aufgestellt.
- Die Steigerung der Bedarfsgemeinschaften zum Vorjahr ist dem Aspekt Flucht- und Asyl geschuldet.

- Im Landkreis wird die Schule durchschnittlich lange besucht.
- Der Bestand der Regelleistungsbezieher aus den 8 Herkunftsländern beträgt 655. Hiermit sind alle Altersgruppen von 0-25 Jahren gemeint. Bei den Bewerbern für Ausbildungsstellen wird nur der Personenkreis betrachtet, der auch in Ausbildung gehen darf.
- Die Zahl der Lernförderung ist auch auf Grund einer weiteren Möglichkeit der Ausweitung der Förderung gestiegen.

Frau Pinkert verlässt die Sitzung um 18.12 Uhr

**TOP 11 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Frau Klooth teilt mit, dass keine Unterrichtungen von Seiten der Landrätin vorlägen.

TOP 12 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Frau Minter von der Gruppe „Lichtblick“ bittet um eine breite Bekanntmachung des Sozialtickets.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18.23 Uhr.

Elke Großer
(Vorsitzende)

Sylvia Bender
(Amtsleiterin Amt für Arbeit und Soziales)

Tanja Heintzen
(Protokollführerin)

Anlagen:

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Power-Point-Präsentation des Ordnungsamtes |
| Anlage 2 | Power-Point-Präsentation „Durchführung von Rückkehraufgaben der Ausländerbehörde“ |
| Anlage 3 | Power-Point-Präsentation „Personen im Alter unter 25 Jahren mit Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II“ |